

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

Oktober 2011 N° 9
ISSN 2191-4869

Der G20-Gipfel in Cannes im Zeichen der Eurokrise: Viele Eigeninteressen, wenig Gemeinsamkeiten

von Katharina Gnath und Claudia Schmucker



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Der G20-Gipfel in Cannes im Zeichen der Eurokrise: Viele Eigeninteressen, wenig Gemeinsamkeiten

von Katharina Gnath und Claudia Schmucker

Die Schuldenkrise hat Europa fest im Griff. Der mögliche Zahlungsausfall des Eurolands Griechenland sowie die dadurch zu erwartenden Konsequenzen für die Eurozone und die Weltwirtschaft beunruhigen Politik und Märkte gleichermaßen. Insbesondere die USA haben den Druck auf die Staaten der Währungsunion wesentlich erhöht, eine umfassende Lösung für die Schuldenkrise zu finden. Vor diesem Hintergrund findet vom 3. bis 4. November 2011 der sechste G20-Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Cannes, Frankreich, statt. Die Eurokrise und ihre Auswirkungen auf die globalen Finanzmärkte und die Weltkonjunktur werden folglich den Gipfel dominieren. Frankreichs Pläne für ein neues internationales Währungssystem und die Bekämpfung der Rohstoffspekulation bei Agrarprodukten treten dementsprechend – trotz aller ehrgeizigen Ziele von Präsident Nicolas Sarkozy – eher in den Hintergrund. Auch der Wunsch Deutschlands nach einer globalen Finanztransaktionssteuer hat wenig Erfolgsaussichten.

Weitreichende Gipfel-Ergebnisse sind kaum zu erwarten. Vor allem zwischen den USA und den europäischen Staaten bestehen deutliche Unterschiede in den Ansätzen, wie die Krise zu lösen und langfristiges Wirtschaftswachstum zu erzielen ist. Auch bei den weiteren Gipfelthemen herrscht Uneinigkeit. Die G20 läuft Gefahr, durch die Interessenunterschiede handlungsunfähig und so ihrer Aufgabe als »wichtigstes Forum zur internationalen Wirtschaftskooperation« nicht gerecht zu werden. Dies ist bedauerlich, da sie eine wichtige Rolle in der globalen Wirtschaftsgovernance spielt, indem sie ressortübergreifend und flexibel auf höchster politischer Ebene Austausch und Abstimmung ermöglicht.

Die Euro-Schuldenkrise im Zentrum des Gipfels

Europa als globales Problem

Die Staatsschuldenkrise bestimmt derzeit Europas Agenda: Negativmeldungen über einen möglichen Zahlungsausfall Griechenlands beherrschen die weltweiten Schlagzeilen. Der steinige Weg, den erweiterten Europäischen Stabilitätsfonds EFSF zu ratifizieren,¹ die möglichen Auswirkungen eines Staatsbankrotts Griechenlands auf die europäischen Banken sowie Italiens fragile politische und budgetäre Situation beunruhigen Politik und

Märkte gleichermaßen. Zusätzlich haben die großen Ratingagenturen Spaniens Bonität heruntergestuft und drohen auch Frankreich, die AAA-Bewertung abzuerkennen. Regierungen und Institutionen der Europäischen Währungsunion stehen vor einer Zerreißprobe.

Längst wird die Schuldenkrise der Währungsunion nicht mehr nur als europäisches Problem gesehen. Es zeigt sich erneut, wie weit die internationale Verflechtung (und damit Abhängigkeit) nationaler Volkswirtschaften vorangeschritten ist. Die Gefahr eines »Spillovers« auf andere Länder und Regionen ist mit einer Ausweitung der Krise auf den europä-

ischen Bankensektor und der Gefahr einer erneuten Kreditklemme rasant gestiegen. So warnte der scheidende EZB-Präsident Jean-Claude Trichet in einem seiner letzten öffentlichen Auftritte Anfang Oktober 2011 eindrücklich vor einer »systemischen Dimension« der Krise.² Auch der IWF stuft die Situation im Euroraum derzeit als das größte Risiko für die Weltwirtschaft ein. Und der einflussreiche Wirtschaftskolumnist der Financial Times, Martin Wolf, beschreibt die Situation sogar als Epizentrum eines Nachbebens der globalen Finanzkrise, das womöglich eine noch größere zerstörerische Kraft als das ursprüngliche Erdbeben entfalten könne.³

Transatlantischer Zwist

Insbesondere die USA haben nun den Druck auf die Regierungen der Währungsunion wesentlich erhöht. Ihr Finanzminister, Timothy Geithner, warnte, dass Europa eine Reihe von Staatspleiten sehen werde, wenn es nicht drastische Maßnahmen ergreife.⁴

Auch wenn die europäischen Staaten grundsätzlich die Sorgen der USA teilen, weisen sie auf die komplexen politischen Prozesse und notwendigen Debatten innerhalb der EU hin, die einen umfassenden Lösungsansatz aus einem Guss (»big bazooka«) erschweren. Die unterschiedlichen Vorstellungen zur Lösung der Krise gehen mit gegenseitigen Schuldzuweisungen einher. Das Eingreifen der USA in die Eurokrise ist vor dem Hintergrund der negativen Prognosen für die amerikanische Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte zu sehen: Der Kompromiss des amerikanischen Kongresses zur Schuldenobergrenze vom Sommer diesen Jahres ist allenfalls eine kurzfristige Lösung des amerikanischen Schuldenproblems. Mit der hohen Arbeitslosenquote und den geringen Wachstumsraten sinken Präsident Barack Obamas Chancen einer Wiederwahl im kommenden Jahr. Eine (zumindest) teilweise Verlagerung der Schuldfrage nach Europa ist deshalb auch innenpolitisch opportun.⁵ Im Gegenzug kritisieren europäische Regierungen die USA für ihre lockere Geld- und Fiskalpolitik, die maßgeblicher Auslöser der ursprünglichen Finanzkrise gewesen sei. Die Staatsverschuldung bleibe ein Kernproblem der amerikanischen Politik – Ratschläge in Richtung Europa seien schon deshalb

unangemessen.⁶ Nach außen vertritt Europa allerdings weiterhin den Standpunkt, nur ein gemeinsamer transatlantischer Ansatz könne zu Ergebnissen führen – so Bundeskanzlerin Angela Merkel nach ihrem Treffen mit Kommissionspräsident José Barroso Anfang Oktober.⁷ Das gegenseitige Misstrauen zwischen den transatlantischen Partnern ist dennoch unübersehbar.

Die G20 und die Eurokrise

Die außereuropäischen Staats- und Regierungschefs der G20 werden die Chance nicht ungenutzt lassen, die Eurokrise auf dem Gipfel in Cannes zu behandeln. Wichtige Themen sind dabei die mögliche Insolvenz Griechenlands, das Problem der Rekapitalisierung der europäischen Banken und die Rolle und Größe des EFSF. Bereits auf dem G20-Finanzministertreffen Mitte Oktober in Paris übten die großen Industrie- und Schwellenländer USA, Japan, Australien, China und Brasilien starken Druck auf die Europäer aus, die Schuldenkrise endlich zu lösen, um globale Ansteckungsgefahren zu vermeiden. Deutschland und Frankreich wurden aufgefordert, beim EU-Gipfeltreffen am 23. Oktober ein umfassendes und tragbares Konzept zur Bekämpfung der Eurokrise vorzulegen. Im Abschlussdokument verpflichteten sich die G20-Staaten zusätzlich, ihre Banken angemessen zu kapitalisieren.

Konkrete Ergebnisse sind gleichwohl von Cannes nicht zu erwarten: Zum einen bleibt die Eurokrise vor allem ein Problem der Währungsunion – wenn auch mit globalen Auswirkungen –, ohne dass die G20-Länder einen direkten Einfluss auf europäische Politikmaßnahmen hätten. Zum anderen sind sich die G20-Staaten untereinander nicht einig, ob der IWF stärker zur Lösung der europäischen Schuldenkrise beitragen sollte. Während die Schwellenländer China und Brasilien angeboten haben, sich über die Aufstockung der IWF-Mittel (etwa für kurzfristige Liquiditätshilfen) an der Lösung der Eurokrise zu beteiligen, lehnen sowohl die USA als auch Deutschland eine Erhöhung mit der Begründung ab, dass der Fonds über genügend Ressourcen verfüge und die monetäre Liquidität durch die Zentralbanken gewährleistet sei. Das Thema soll in Cannes weiter behandelt werden.⁸

Globale Wachstumsstrategien

Hinter der aktuellen Debatte um die Eurokrise steht eine breitere Diskussion innerhalb der G20 um adäquate Krisenlösungen und globale Wachstumsstrategien, die zum ersten Mal in Pittsburgh 2009 im Rahmen des »Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth« geführt wurde. Von Anfang an entwickelten sich hier zwei bedeutsame Konfliktpunkte – vor allem zwischen Deutschland und den USA: Zum einen geht es um die Frage, ob die jetzige Finanzkrise durch weitere Stimulus-Pakete auf Pump (USA: QE2, »Twister« und Spekulationen um ein QE3) oder durch Sparprogramme (Deutschland: Haushaltskonsolidierung, Schuldenbremse) bekämpft werden soll. Zum anderen werfen die USA – mit Unterstützung Frankreichs – Ländern wie Deutschland und China vor, mit ihren exportgetriebenen Wachstumsstrategien die globalen Ungleichgewichte zu verstärken, die als eine Ursache der Krise gesehen werden.

Der Weg aus der Krise: Konjunkturprogramme oder Sparen?

Der transatlantische Konflikt über die Notwendigkeit fiskalischer Stimuli nahm im Rahmen der Eurokrise wieder deutlich an Fahrt auf. Aufgrund der schwachen amerikanischen Wirtschaftsleistung will Präsident Barack Obama für die USA ein neues Konjunkturpaket in Höhe von 447 Milliarden Dollar auflegen. Gleichzeitig forderte der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner die europäischen Länder – insbesondere Deutschland – auf, die Nachfrage durch Ausgabenprogramme zu stärken und damit die Konjunktur anzukurbeln. Deutschland ist jedoch weiterhin der Ansicht, dass in erster Linie Sparprogramme geboten seien, um das Vertrauen der Märkte wiederzugewinnen. Zudem beruft sich Deutschland auf den G20-Beschluss von Toronto, die staatlichen Defizite bis 2013 zu halbieren.

Die Abschlusserklärung der G20-Finanzminister von Mitte Oktober 2011 ist ein erster Indikator für den Ausgang der Gespräche in Cannes: Die Teilnehmer einigten sich auf die vage Formulierung, dass die Industrieländer einerseits das Wachstum fördern, und andererseits Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung einleiten sollen. Dabei seien die jeweiligen nationalen Gegebenheiten zu berücksichtigen.⁹

Aufgrund der unterschiedlichen Ansichten über den Zustand der Wirtschaft und über angemessene wirtschaftspolitische Maßnahmen wird es auch in Cannes zu keiner Einigung in diesem Bereich kommen; allerdings wird dieses Thema im Hinblick auf die Aktualität der Eurokrise wohl in den Hintergrund treten.

Makroökonomische Ungleichgewichte

Auch der Konflikt über globale Ungleichgewichte bleibt ungelöst. Mit der Rahmenvereinbarung zum globalen Wachstum 2009 initiierten die G20-Staaten einen »Mutual Assessment Process«, der die jeweiligen Wirtschaftspolitiken der G20-Staaten im Hinblick auf globale Ungleichgewichte und globales Wachstum untersuchen sollte. Nachdem der G20-Gipfel in Seoul keine Fortschritte gebracht hatte, wurde das Thema auf die französische Präsidentschaft verlagert. Auf dem Treffen der G20-Finanzminister in Paris im Februar 2011 einigte man sich schließlich auf eine Reihe von Indikatoren, nach denen globale Ungleichgewichte in Zukunft überprüft werden sollen.¹⁰ Trotzdem bleiben die grundlegenden Konfliktlinien bestehen.

Das Problem globale Ungleichgewichte wurde auch auf dem Finanzministertreffen in Paris im Oktober thematisiert. Hier wurde die alte Formel wieder aufgenommen, dass die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen wie Deutschland ihre Binnennachfrage ankurbeln sollen, während Länder mit Defiziten wie die USA ihre Sparquote erhöhen sollen.¹¹ Der Cannes-Gipfel wird diese Forderungen erneut aufgreifen; es wird jedoch zu keinen weiterreichenden Ergebnissen kommen. Die Suche nach einem angemessenen Forum und den Inhalten einer Lösung für die Frage der globalen Ungleichgewichte bleibt also weiter auf der langfristigen Agenda der G20.

Weitere Themen von Cannes

Aufgrund ihres informellen Charakters können die G20-Staaten die Gipfel dazu nutzen, flexibel auf akute Herausforderungen wie die sich verschärfende Schuldenkrise zu reagieren. Dennoch

bilden die jährlichen Gipfel lediglich die »Spitze des Eisbergs« der G20-Aktivitäten: Mittlerweile haben sich kontinuierliche Koordinationsmechanismen auf Sherpa-Ebene und in Arbeitsgruppen etabliert, die die längerfristigen Themenstellungen weiter bearbeiten. Auch wenn die ursprünglichen Schwerpunkte der französischen G20-Präsidentschaft – internationales Währungssystem, Rohstoffe und Finanztransaktionssteuer – vor dem Hintergrund der Eurokrise weit weniger mediale Beachtung finden werden, werden die Diskussionen dazu in Cannes fortgeführt.

Internationales Währungssystem

Präsident Nicolas Sarkozy hat das internationale Währungssystem zum langfristigen Kernthema seiner G20-Präsidentschaft erklärt. Die Ziele waren von Anfang an hoch gegriffen: Mit Begriffen wie »Plaza II« oder »Bretton Woods II« wurden Visionen einer fundamentalen Neugestaltung des internationalen Währungssystems heraufbeschworen. Frankreich geht es vor allem darum, Wechselkursschwankungen zu reduzieren und die Sonderziehungsrechte des IWF (SZR) zu einer supranationalen Reservewährung auszubauen, um den Dollar als internationale Leitwährung abzulösen. Die damalige Finanzministerin und jetzige IWF-Direktorin Christine Lagarde konnte sich sogar ein Ende des Systems freier Wechselkurse vorstellen.¹² Nach Kritik an diesem weitreichenden Ansatz von Seiten vieler G20-Staaten hat Frankreich diese Ankündigungen mittlerweile deutlich heruntergeschraubt und verfolgt nun eher ergebnisoffene Diskussionen im Rahmen der G20 mit dem Ziel, das internationale Währungssystem durch Reformen zu stärken. Deutschland unterstützt diese Haltung, betont dabei jedoch stets die Bedeutung des Systems flexibler Wechselkurse.

Auf Wunsch von Frankreich wurde eine G20-Arbeitsgruppe zu Währungsfragen eingesetzt, die unter dem Vorsitz von Deutschland und Mexiko tagt. Dabei geht es vor allem um drei strittige Fragen: (1) den Aufbau eines globalen Finanzsicherheitsnetzes (»global safety net«), (2) Bedingungen für die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, sowie (3) die Aufnahme weiterer Währungen, insbesondere des chinesischen Renminbis, in den SZR-Währungskorb. Zum ersten

Punkt gehört der umstrittene Vorschlag, den IWF in Krisenzeiten kurzfristige, länderübergreifende Liquiditätskredite vergeben zu lassen. Die Finanzminister einigten sich im Oktober darauf, dass der IWF bis zum Gipfel in Cannes Vorschläge über neue kurzfristige Liquiditätshilfen für Krisenländer entwickeln soll. Sowohl Deutschland als auch die USA stehen diesem Vorschlag eher ablehnend gegenüber. Bei der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen will die G20 vor allem den Schwellenländern entgegenkommen; Finanzminister Wolfgang Schäuble betonte jedoch, dass das Mittel nur als letzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden sollte. Beim dritten Konfliktpunkt steht zur Diskussion, ob der Renminbi trotz der Tatsache, dass er nicht frei konvertibel ist, in den Währungskorb der SZR aufgenommen werden sollte. Insbesondere Deutschland hat starke Bedenken: So soll zunächst bis 2015 (nächste reguläre Überprüfung) ein fiktiver Schattenwährungskorb errechnet werden.¹³

Auch wenn die Diskussionen um eine Reform des internationalen Währungssystems seit der Finanzkrise an Fahrt gewonnen hat, stehen die Verhandlungen erst am Anfang. Die unterschiedlichen Ansätze bedeutsamer Mitgliedstaaten, nicht zuletzt der USA, werden es hier auch zu keiner konkreten Einigung auf dem Gipfel in Cannes kommen lassen.

Rohstoffe: Volatilität und Marktzugang

Des Weiteren hat Frankreich das Thema Volatilität der Rohstoffpreise – dabei insbesondere von Nahrungsmitteln – ganz oben auf die G20-Agenda gesetzt. Die weltweit steigenden Preise bei Agrarrohstoffen seien einer der Gründe, weshalb es in vielen Staaten zu Nahrungsmittelengpässen und mancherorts sogar zu Hungerkatastrophen komme, wie zuletzt in Ostafrika. Sarkozy hat vor allem Spekulationen mit Agrarrohstoffen als Ursache dieser Entwicklung ausgemacht und will daher in diesem Bereich eine ähnliche Regulierung wie auf den Finanzmärkten durchsetzen.¹⁴ Er schlägt dazu Reformen vor, wie sie die amerikanische Terminbörsenaufsicht »Commodity Futures Trading Commission« eingeführt hat, nämlich Margenzahlungen und Mengengrenzungen für Käufe von Rohstoffderivaten. Zusätzlich soll der Informations-

austausch über die weltweiten Lagerbestände von Agrarrohstoffen verbessert werden.

Auch für Deutschland ist das Thema Rohstoffe wichtig. Allerdings ist es vor allem daran interessiert, mit Anbieterländern wie China und Brasilien über Marktzugang und Lieferungen von Industrierohstoffen und Metallen zu verhandeln, während Frankreich sich auf Agrarrohstoffe konzentrieren will. Daneben gibt es auch Unterschiede in der Ursachenanalyse: Während Frankreich die Spekulation als Hauptursache für die gestiegenen Preise sieht, teilt Deutschland die Meinung der Europäischen Kommission, der OECD und des IWF, die deren Bedeutung als eher gering einschätzen.¹⁵ Der Fokus deutscher Politik liegt deshalb auf einer verbesserten Markttransparenz.

Seit den ersten Ankündigungen gibt es bereits einige Fortschritte. Im Juni 2011 trafen sich zum ersten Mal die G20-Agrarminister in Paris. Sie einigten sich darauf, eine internationale Datenbank, AMIS, aufzubauen, die Informationen über globale Lagerhaltung, Nahrungsmittelproduktion und -konsum sammelt. Ziel ist (wie u. a. von Deutschland gewünscht) eine größere Markttransparenz. Im Gegensatz dazu gab es bislang keine Einigung zur Begrenzung von Spekulationen mit Agrargütern, da sich große Finanzmarktakteure wie Großbritannien und Australien weigerten, sich auf eine Begrenzung des Derivatehandels einzulassen. Die USA unterstützen hingegen Reformen, da sie eine einheitliche Regulierung befürworten, um Wettbewerbsnachteile für den einheimischen Sektor zu vermeiden.¹⁶ Ein weiteres strittiges Thema war die Abschaffung der Subventionen für Biotreibstoffe, die immer wieder als Ursache für den Anstieg der Nahrungsmittelpreise gesehen werden. Aber auch hier gab es aufgrund des starken Widerstandes einiger G20-Länder (USA, Brasilien und Indonesien) bisher keine Fortschritte.¹⁷ Ähnlich sieht es mit den von Deutschland unterstützten Verhandlungen zum Marktzugang im Bereich der Industrierohstoffe aus, da sich hier viele Schwellenländer als Anbieter angegriffen fühlen.

Die französische Präsidentschaft setzt mit ihrer Agenda wichtige politische Signale im Bereich der internationalen Rohstoffpolitik. Aufgrund des Ver-

handlungspatts der letzten Monate zeichnet sich jedoch bereits im Vorfeld des Cannes-Gipfels ab, dass es bei den kritischen Fragen zur Reform des Derivatehandels sowie der Subventionen für Biokraftstoffe zu keiner Einigung kommen wird.

Globale Finanztransaktionssteuer

Bereits vor dem G20-Gipfel in Toronto im Juni 2010 hatte Deutschland zusammen mit Frankreich versucht, im Rahmen der G20 eine internationale Finanztransaktionssteuer auf den Weg zu bringen (der Vorschlag ist auch unter dem Begriff »Tobin Tax« bekannt). Diese Initiative scheiterte jedoch wiederholt am Widerstand zahlreicher G20-Staaten (u. a. Kanada, USA, Japan und große Schwellenländer). Sarkozy hat das Thema nun mit der ausdrücklichen Unterstützung von Deutschland wieder auf die G20-Agenda gesetzt; zuletzt äußerte er sich dazu auf der UN-Generalversammlung im September 2011. Der erneute Vorstoß Frankreichs hat vor allem innenpolitische Gründe: Sarkozy versucht über die G20, sich als Garant einer gerechteren Weltordnung zu präsentieren und gleichzeitig das französische Schuldenproblem anzugehen. Die französische Präsidentschaft hat dabei die Unterstützung der deutschen Bundesregierung (und der Europäischen Kommission), die dieses Thema auf internationaler Ebene voranbringen will.

Dennoch sind die Erfolgchancen für eine international abgestimmte Steuer innerhalb der G20 gering, da die Idee weiterhin auf heftigen Widerstand der anderen G20-Mitglieder stößt. Die EU-Kommission schlug Ende September vor, ab 2014 eine europäische Finanztransaktionssteuer einzuführen, da eine globale Lösung zurzeit nicht realistisch sei. Allerdings gibt es auch hier Unstimmigkeiten, weil Großbritannien, Italien und Schweden die Steuer ablehnen. Sogar die 17 Eurostaaten sind sich in ihrer Haltung nicht einig.¹⁸

Fazit: Das Dilemma der G20

Es ist nicht auszuschließen, dass der politische Druck so stark wird, dass zumindest Teilergebnisse erzielt werden. Der Gipfel von Cannes wird jedoch die Erwartungen derer enttäuschen, die aufgrund

der Erfolgsbilanz der ersten G20-Gipfel weitreichende Einigungen erwarten. Die französische Präsidentschaft unter Sarkozy hat dazu maßgeblich beigetragen, indem sie hohe Erwartungen geschürt und Initiativen mit Blick auf die französische Innenpolitik angestoßen hat, die sich in diesem informellen Forum internationalen Zuschnitts so nicht verwirklichen lassen. Dazu gehört neben der von Deutschland unterstützten Finanztransaktionssteuer der Umbau des globalen Währungssystems und die Eindämmung der Rohstoffspekulationen.

Die Eurokrise verdeutlicht einmal mehr die Verflechtungen der Weltwirtschaft und die damit einhergehende Notwendigkeit zur wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit. Der G20 als »wichtigstem Forum der internationalen Wirtschaftskooperation« kommt dabei besondere Bedeutung zu. Bei vielen Mitgliedern ist der Impuls vorhanden, sich auf internationaler Ebene stärker abzusprechen; nicht zuletzt nutzen die USA die G20, um zusammen mit anderen Mitgliedern auf eine Lösung der europäischen Schuldenkrise zu drängen. Die G20 kann als informelles Forum allerdings nur so effektiv sein, wie ihre Mitglieder wirklich bereit sind, aufeinander zuzugehen und gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. Voraussetzung für erfolgreiche Gipfel ist also eine gemeinsame Interessenlage oder zumindest ein gemeinsames Problemverständnis. Bei den Diskussionen zur Eurokrise sowie bei den weiteren zentralen Themen von Cannes wird jedoch deutlich, dass unter den Mitgliedsstaaten zu große Unterschiede in der Analyse bzw. den daraus abgeleiteten Strategien bestehen, um beim Gipfel Anfang November zu weitreichenden Ergebnissen zu kommen.

Mit dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Situation der G20-Länder – die EU und USA kämpfen mit einer Verschuldungskrise, während die großen Schwellen- und Entwicklungsländer (noch) nur geringfügige Einbußen bei den Wachstumsraten verzeichnen –, hat sich die Erfolgsbilanz des informellen Clubs merklich verschlechtert. Auch unter den Industriestaaten gibt es große Unstimmigkeiten: So verfolgen die USA eine Politik des Aufschwung auf Pump, während Deutschland weiterhin auf die Sanierung des Staatshaushalts setzt. Selbst zwischen den sonst sehr eng abgestimmten

Partnern Frankreich und Deutschland herrscht bei vielen Themen Uneinigkeit über den Politikansatz: Deutschland betont grundsätzlich die freien Marktkräfte, während Frankreich generell einen stärkeren Regulierungsansatz verfolgt – deutlich zu erkennen in seiner Unterstützung für ein neues Wechselkursystem, bei Beschränkungen der Leistungsbilanzüberschüsse im Rahmen der globalen Ungleichgewichte sowie der Einschränkung von Spekulationen im Rohstoffbereich. So zeigen sich unübersehbare Risse im Zusammenhalt des Forums, insbesondere bei grundlegenden makroökonomischen Themen wie den Wachstumsstrategien und den makroökonomischen Ungleichgewichten. Die großen Themen der G20 werden deshalb in keinem Fall in Cannes abgeschlossen werden.

Jenseits von Cannes

Die G20 als Forum jedoch aufgrund einer mangelhaften Gipfelbilanz abzuschreiben, wäre zu kurz gedacht. Über die Gipfelbeschlüsse hinaus erfüllt die Gruppe eine wichtige internationale Aufgabe: Die G20 bietet eine Plattform zum informellen, ressortübergreifenden und flexiblen Austausch. Sie dient der kontinuierlichen Debatte und der erwünschten Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten – von der höchsten politischen Ebene bis hin zur Arbeitsebene der Sherpas. Diese Funktion bleibt zum Teil ungenutzt: So verfolgen die großen G20-Staaten ihre jeweiligen Strategien, ohne vorab ihre Auswirkungen auf andere Länder zu analysieren oder sie mit den übrigen G20-Mitgliedern abzustimmen. Auch wenn diese Aufgabe jenseits der konkreten Gipfelresultate weniger schlagzeilenträchtig und messbar ist und die G20 in ihrer Legitimation zunehmend unter Druck steht, sich auch jenseits des akuten Krisenmanagements zu beweisen, ist sie dennoch ein unerlässlicher Baustein der internationalen wirtschaftlichen Kooperation.

Für Mexiko, das die Präsidentschaft nach dem Gipfel von Cannes übernimmt, gilt es, realistischere Themen auszuwählen und den Gipfel nicht mit innenpolitischen Erwägungen zu überfrachten. Generell sollte darauf geachtet werden, dass sich die Agenda der G20 über mehrere Präsidentschaften erstreckt, so dass eine Kontinuität der Themen

gegeben ist. Deshalb ist es auch sinnvoll, Arbeitsgruppen zu den einzelnen Problembereichen einzurichten. Gleichzeitig muss der Öffentlichkeit besser kommuniziert werden, was die G20 als Gremium leisten kann. Das wesentliche Ziel der G20 sollte sein, eine Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses – und nicht nur der gegenseitigen Kritik – herzustellen, in der die Mit-

glieder über die globalen Auswirkungen ihrer Politiken beraten und kooperative Ansätze entwickeln können.

Katharina Gnath, seit Januar 2009 Associate Fellow des Forschungsinstituts der DGAP; Dr. Claudia Schmucker, Programmleiterin des Bereichs Globalisierung und Weltwirtschaft, DGAP.

Anmerkungen

- 1 So führte die EFSF-Ratifizierung zu einer hitzigen Debatte innerhalb der Berliner Regierungskoalition. Zuletzt zerbrach über der Entscheidung die slowakische Regierung. In einem zweiten Anlauf billigte das slowakische Parlament dann die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms.
- 2 Dramatischer Appell: EZB-Chef sieht globales Finanzsystem in Gefahr, in: Der Spiegel, 11.10.2011, <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,791170,00.html>> (18.10.2011).
- 3 Martin Wolf, First aid is not a cure, in: Financial Times, 11.10.2011, <<http://www.ft.com/cms/s/0/f84a5d76f368-11e0-b98c-00144feab49a.html>> (11.10.2011).
- 4 Binyamin Appelbaum, Europe Seeks to Ratchet Up Effort on Debt, in: New York Times, 24.9.2011, <<http://www.nytimes.com/2011/09/25/business/geithner-tells-europe-it-must-work-together-on-debt-crisis.html>> (18.10.2011). Großbritannien hat sich den amerikanischen Appellen angeschlossen und fordert von den Euroländern eine umfassende Strategie. Vgl. George Parker/Lionel Barber, »Time short« for eurozone, says Cameron, in: Financial Times, 9.10.2011, <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/bd7d2ed0-f26e-11e0-824e-00144feab49a.html#axzz1aVVGaH16>> (18.10.2011).
- 5 Ezra Klein, How Europe could steer the 2012 election, in: Washington Post, 3.10.2011, <http://www.washingtonpost.com/business/economy/ezra-klein-how-europe-could-steer-the-2012-election/2011/10/03/gIQAdEkAJL_story.html> (5.10.2011).
- 6 So beispielsweise Wolfgang Schäuble auf einer Konferenz des Think-Tanks Bruegel im September diesen Jahres. Vgl. Bruegel-Konferenz: Schäuble fordert neues Wirtschaftsmodell, <http://gallery.mailchimp.com/b654eefc55844506fec2d988b/files/Bruegel_Konferenz_Sch_uble_fordert_neues_Wirtschaftsmodell.1.pdf> (18.10.2011); Patrick Welter, IWF-Tagung: Transatlantischer Kindergarten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 26.9.2011, <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/iwf-tagung-transatlantischer-kindergarten-11369726.html>> (18.10.2011).
- 7 Merkel zitiert in: Peter Spiegel, Merkel willing to recapitalize banks, in: Financial Times, 5.10.2011, <<http://www.ft.com/cms/s/0/557e20d6-cf5e-11e0-bc88-00144feab49a.html>> (5.10.2011).
- 8 Fitch droht Deutscher Bank mit schlechterem Rating, in: FAZ, 15.10.2011, S. 13; Weltmächte setzen Europa unter Druck, in: Der Spiegel, 15.10.2011, <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,791972,00.html>> (15.10.2011); Communiqué der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, Paris, 14.–15. Oktober 2011, <<http://www.g20.utoronto.ca/2011/2011-finance-111015-en.html>> (15.10.2011).
- 9 Communiqué der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, Paris, 14.–15. Oktober 2011, <<http://www.g20.utoronto.ca/2011/2011-finance-111015-en.html>> (15.10.2011).
- 10 Die Indikatoren sind Schuldenstand und öffentliche Defizite; private Sparquote und Verschuldung; sowie Elemente der Leistungsbilanz. Dabei sollen Wechselkurse ebenso berücksichtigt werden wie die Finanz-, Haushalts- und Geldpolitik; G20, Communiqué: Meeting of Finance Ministers and Central Bank Governors, Paris, 18.–19.2.2011, <http://www.g20.org/Documents2011/02/COMMUNIQUE-G20_MGM%20_18-19_February_2011.pdf> (3.3.2011).
- 11 Communiqué der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, Paris, 14.–15. Oktober 2011, <<http://www.g20.utoronto.ca/2011/2011-finance-111015-en.html>> (15.10.2011); G20 verlieren Geduld mit Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 15.10.2011, <<http://www.sueddeutsche.de/geld/2.220/schuldenkrise-g-verlieren-geduld-mit-europa-1.1164510>> (16.10.2011).
- 12 Claus Hulverscheidt, Frankreich: G-20-Präsidentschaft Solo für Sarkozy, in: Süddeutsche Zeitung, 18.2.2011, <<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frankreich-g-praesidentschaft-solo-fuer-sarkozy-1.1061651>> (25.8.2011).
- 13 Vgl. Hanno Mußler/Manfred Schäfers/Patrick Welter, Jahrestagung im Bann der Eurokrise, in: FAZ, 22.9.2011, <<http://www.faz.net/artikel/C30638/iwf-und-weltbankjahrestagung-im-bann-der-eurokrise-30690536.html>> (22.9.2011); Auf dem Weg zu einem neuen Währungssystem, in: FAZ, 28.9.2011, S. 10; Patrick Welter, Weltwährungsvisionen, in: FAZ, 15.10.2011, S. 13.
- 14 Nicolas Sarkozy, Speech by the President of the Republic, 18th Ambassadors' Conference, 25.8.2010, Paris, <http://www.diplomatie.gouv.fr/en/ministry_158/events_5815/>

- speech-by-the-president-of-the-republic_14177.html> (25.8.2011).
- 15 Christian Schubert, Nicolas Sarkozy: Der Unruheherd der G20, FAZ, 27.1.2011, <<http://www.faz.net/artikel/C30106/nicolas-sarkozy-der-unruheherd-der-g-20-30325769.html>> (25.8.2011).
- 16 John O'Donnell/Charlie Dunmore, Sarkozy Demands Crackdown on Commodity Speculators, Reuters 14.6.2011, <<http://uk.reuters.com/article/2011/06/14/uk-cu-commodities-idUKTRE75D2F620110614>> (25.8.2011).
- 17 Agrar-Datenbank gegen Preisschwankungen, in: FAZ, 24.6.2011, <<http://www.faz.net/artikel/C30563/agrar-datenbank-gegen-preisschwankungen-30446910.html>> (22.9.2011).
- 18 Vgl. EU streitet über Finanztransaktionssteuer, in: FAZ, 19.9.2011, S.13; Finanztransaktionssteuer schon von 2014 an, in: FAZ, 28.9.2011, S.9.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2011 DGAP